

Zur Programmdiskussion im Landesausschuss am 04.06.2010

Beitrag von Günter Herder GHerderWolfen@guenter-herder.de

Seite 1 von 2

Vorbemerkung:

Zuspitzungen im Programmentwurf haben nach dessen Veröffentlichung zu erhöhter Präsenz in den Medien geführt.

Unsere Vertreter, die in Fernseh-Talkrunden dazu befragt wurden, gaben dabei alle die Auffassung kund, dass es sich um einen Entwurf handelt, der nicht so bleiben wird.

Im Unterton war eine gewisse Unzufriedenheit heraus zu hören.

Mein erster Eindruck:

Wenn jemand den Programmentwurf liest, der/die ihn aus welchen Gründen auch immer nicht lesen muss, sondern sich einfach nur dafür interessiert, was DIE LINKE eigentlich will, dann wird er/sie kaum über mehr als 5 Seiten hinaus kommen, weil er oder sie nicht mehr darauf hofft, dass es noch interessant werden könnte.

Mängel:

Unsere bisherigen Gesellschaftsanalysen haben uns schon des öfteren schlussfolgernd dazu veranlasst, einen "Heißen Herbst" voraus zu sagen.

Derartige Prognosen sind so jedoch bisher nicht eingetreten.

Die im Programmentwurf beschriebene Gesellschaftsanalyse erlaubt wieder derartige Schlussfolgerungen.

Der bisher ausgebliebene "Heiße Herbst" kann jedoch nicht damit erklärt werden, dass die Bevölkerung noch nicht ausreichend begriffen hat, dass die Zeit reif ist für die von uns gewollten Veränderungen. Also müssen wir uns doch fragen, was an unserer Analyse und unseren Angeboten nicht stimmig war bzw. ist.

Die Systemkritik geht nur unzureichend auf die sehr unterschiedlichen nationalen Ausprägungen sowohl von real existierendem Kapitalismus als auch Sozialismus ein. Folglich fehlen Aussagen über unterschiedliche objektive Ausgangsbedingungen für einen erfolgreich gestaltbaren Transformationsprozess in Richtung demokratischer Sozialismus.

Wünschenswerte Verbesserungen:

Der Programmentwurf ist zu weit davon entfernt, einen zusammenhängenden nachvollziehbar funktionierenden "Bauplan" für das Ziel eines demokratischen Sozialismus zu beschreiben. Und er enthält noch weniger eine verständliche "Bauanleitung" dafür, wie sich die Gesellschaft vom derzeitigen Ist-Zustand hin zum demokratischen Sozialismus entwickeln kann. Für einen erfolgreichen Transformationsprozess ist auch Reihenfolge im Sinne einer Wegbeschreibung erforderlich.

Zur Eigentumsfrage:

Nicht das Favorisieren von Eigentumsformen an sich sollte im Vordergrund stehen, sondern die Art und Weise, wie verschiedene Eigentumsarten in den unterschiedlichen Eigentumsformen zu gesamtgesellschaftlichen Verpflichtungen heranzuziehen sind.

Über die zu beschreibende Veränderung der bereits bestehenden Regularien lässt sich die Dominanz von Eigentumsformen für bestimmte Eigentumsarten verändern und auch die Verfügbarkeit einzelner über große Mengen von Eigentumsarten (Kapital=Macht) begrenzen.

Zur Programmdiskussion im Landesausschuss am 04.06.2010

Beitrag von Günter Herder GHerderWolfen@guenter-herder.de

Seite 2 von 2

Beispiel für Wegbeschreibung:

Es reicht nicht aus, zu beschreiben was wir unter bedingungslosem Grundeinkommen verstehen wollen. Wegen fehlender Einführungs-Wegbeschreibung halten selbst nicht wenige Parteimitglieder dessen Einführung erst für möglich, wenn das Ziel des demokratischen Sozialismus erreicht ist.

Eine vollständige Umstellung (in einem Schritt) wird aber auch dann nicht beherrschbar sein. In Abhängigkeit von künftigem Wachstum könnte jedoch quasi sofort beginnend eine schrittweise Aufstockung und dann Ablösung der derzeitigen bedarfsorientierten Grundsicherungen dadurch erfolgen, indem gesamtaufkommensneutral teilweise oder auch vollständig die bisher üblichen, die Einkommensschere weiter auseinander treibenden prozentualen Tarifierhöhungen in einheitliche Absolutbeträge als bedingungsloses Grundeinkommen für jeden umgewandelt werden. Nirgends entstehen dabei zusätzliche Kosten und jeder erhält ein zusätzliches (bedingungsloses Grund-) Einkommen.

Um die längst überfällige Einkommensnivellierung sowohl innerhalb als auch branchenübergreifend zu forcieren, wären sogar negative Tarifabschlüsse zugunsten von entsprechend mehr bedingungslosem Grundeinkommen möglich.

Da das Tarifrecht dafür nicht ausgehebelt werden muss, wäre eine entsprechende Gesamtstrategie seitens der Gewerkschaften möglich und sehr hilfreich.

Es sollte also nicht mehr um einen Streit um entweder bedarfsorientierte Grundsicherung oder bedingungsloses Grundeinkommen, sondern um das sowohl als auch innerhalb einer flexibel gestaltbaren längeren Übergangszeit gehen. Auf (umstrittene) gewollte wie auch ungewollte sich abzeichnende Auswirkungen könnte rechtzeitig lernend reagiert werden.

Beispiel für Beschreibung von Strukturproblemen

Obwohl im Bereich der Landwirtschaft in den letzten 50 Jahren ein deutlich überproportionales Produktivitätswachstum erfolgte, gehört dieser Bereich heute nahezu flächendeckend zum Niedriglohnsektor und ist obendrein abhängig von Subventionszuschüssen in der Größenordnung der Personalkostenanteile.

Sehr vielen Erzeugern stehen wenig Veredler und diesen sehr wenige das Marktgeschehen bestimmende Handelsketten für Nahrungsmittel gegenüber.

Hier wird beispielhaft deutlich, dass die Ursachen von Verteilungsproblemen auch in branchenübergreifenden Strukturen von Wertschöpfungsketten zu finden sind.

Der Programmentwurf befasst sich nicht ausreichend mit erforderlicher Marktregulierung, um strukturelle Dominanzen innerhalb von Wertschöpfungsketten zu begrenzen und/oder einen strukturbedingten Nachteilsausgleich zu organisieren.

Einzelgewerkschaften haben sowohl am Anfang als auch am Ende solcher Wertschöpfungsketten keine Chance, angemessenere Tarifabschlüsse auszuhandeln.

Ich wünsche mir für die Überarbeitung des 1. Programmentwurfs Diskussionen und Veränderungen in die von mir aufgezeigte Richtung, was mit einzelnen Änderungsanträgen kaum machbar ist.